

Verordnung

**des Bundesministeriums
für Arbeit und Sozialordnung**

Verordnung

zu dem Abkommen vom 3. April 2000

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und der Regierung der Italienischen Republik

über die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit

A. Zielsetzung

Durch das Abkommen vom 3. April 2000 soll den zuständigen Trägern die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der sozialen Sicherheit im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ermöglicht werden.

B. Lösung

Das Abkommen vom 3. April 2000 stützt sich auf die in Artikel 92 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 den Mitgliedstaaten eingeräumte Ermächtigung zum Abschluss ergänzender Abkommen.

Es legt fest, dass rechtskräftig festgesetzte und im Hoheitsgebiet des zuständigen Trägers für beiträglich erklärte Beiträge auch im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingezogen und beigetrieben werden können. Außerdem regelt es die Amtshilfe der zuständigen Träger untereinander.

C. Alternativen

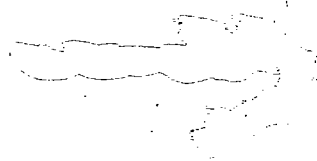
Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Durchführung der Verordnung nicht mit Kosten belastet.

E. Sonstige Kosten

Keine



24. 07. 00

AS

Verordnung

**des Bundesministeriums
für Arbeit und Sozialordnung**

Verordnung

**zu dem Abkommen vom 3. April 2000
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Italienischen Republik
über die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit**

Der Chef des Bundeskanzleramtes
022 (311) – 806 06 – Ab 54/1/00

Berlin, den 18. Juli 2000

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zu erlassende

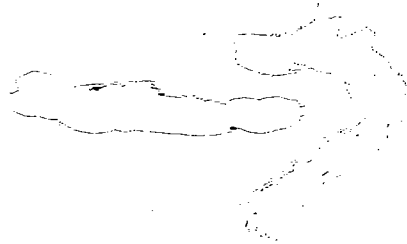
Verordnung zu dem Abkommen vom 3. April 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Abs. 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- 4 -



Entwurf

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 3. April 2000
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Italienischen Republik
über die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit**

Vom

Auf Grund des Artikels 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 (BGBl. I S. 1177), das durch Artikel 106 des EWR-Ausführungsgesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Artikel 1

Das in Berlin am 3. April 2000 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 10 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Abkommen außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Begründung zur Verordnung

Das Abkommen vom 3. April 2000 bedarf der Umsetzung durch eine Rechtsvorschrift, damit es für die Bürger sowie für die Gerichte und Verwaltungsbehörden verbindlich wird. Das Gesetz vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 (BGBl. I S. 1177), das durch Artikel 106 des EWR-Ausführungsgesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512) geändert worden ist, ermächtigt den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft über den grenzüberschreitenden Beitragseinzug durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Zu Artikel 1

Die Vorschrift enthält die Inkraftsetzungs-Formel für das Abkommen.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift enthält die erforderlichen Bestimmungen über das Inkrafttreten bzw. Außerkrafttreten der Verordnung und deren Bekanntgabe (Artikel 82 Abs. 2 GG).

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung der Verordnung nicht mit Kosten belastet.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Italienischen Republik
über die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit

Accordo
tra il Governo della Repubblica Federale di Germania
ed il Governo della Repubblica Italiana
sul recupero e sul recupero forzoso dei contributi di sicurezza sociale

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Italienischen Republik –

in dem Wunsch, den zuständigen Trägern beider Vertragsparteien die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu ermöglichen,

in dem Bestreben, die Anwendung des Artikels 92 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 über die Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörigen, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Dieses Abkommen regelt die Einziehung und Beitreibung aller Beiträge, die im Rahmen der in Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 bezeichneten Systeme der Sozialen Sicherheit einer der beiden Vertragsparteien von natürlichen oder juristischen Personen oder von Gesellschaften geschuldet werden, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, dort ihren Sitz haben oder Vermögenswerte besitzen.

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens bedeutet

- a) „zuständige Behörde“
die in Artikel 1 Buchstabe l) der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 bezeichnete Behörde;
- b) „zuständiger Träger“
- in Bezug auf die Italienische Republik:
die Stelle von INPS, an die die Beiträge zu zahlen sind;
 - in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
der deutsche Versicherungsträger, an den die Beiträge zu zahlen sind; ein Träger gilt auch für die Beiträge als zuständig, die er für die Träger anderer Versicherungszweige einzuziehen und beizutreiben hat;

Il Governo della Repubblica Federale di Germania
ed
il Governo della Repubblica Italiana –

desiderosi di consentire il recupero ovvero il recupero forzoso dei contributi di sicurezza sociale alle Istituzioni competenti di ciascuna delle due Parti contraenti sul territorio dell'altra Parte contraente,

nell'intento di definire le modalità di applicazione dell'articolo 92 del Regolamento (CEE) n. 1408/71 del Consiglio, del 14 giugno 1971, relativo all'applicazione dei regimi di sicurezza sociale ai lavoratori subordinati e autonomi ed ai loro familiari che si spostano all'interno della Comunità –

hanno concordato quanto segue:

Articolo 1

Il presente Accordo disciplina il recupero ovvero il recupero forzoso di tutti i contributi che; nel quadro dei regimi di sicurezza sociale di cui all'art. 4 del Regolamento (CEE) n. 1408/71, sono dovuti ad una delle due Parti contraenti da persone fisiche o giuridiche oppure da società che si trovano sul territorio dell'altra Parte contraente, che hanno colà la propria sede o che vi possiedono beni.

Articolo 2

Ai sensi del presente Accordo

- a) «Autorità competente» designa
l'Autorità indicata all'art. 1, lettera l) del Regolamento (CEE) n. 1408/71;
- b) «Istituzione competente» designa
- per quanto riguarda la Repubblica Italiana:
la sede dell'INPS a cui sono dovuti i contributi;
 - per quanto riguarda la Repubblica Federale di Germania:
l'istituzione di assicurazione tedesca cui sono dovuti i contributi; una istituzione è parimenti considerata competente per i contributi che essa è tenuta a recuperare ovvero a recuperare forzatamente per conto di istituzioni di altri regimi assicurativi;

c) „ersuchter Träger“

- in Bezug auf die Italienische Republik für alle Beiträge, die einem deutschen Träger geschuldet werden:

die Stelle von INPS, in deren Bezirk die natürliche oder juristische Person oder die Gesellschaft, die den Beitrag schuldet, sich aufhält, ihren Sitz hat oder Vermögenswerte besitzt;

- in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland für alle Beiträge, die einem italienischen Träger geschuldet werden:

das Hauptzollamt, in dessen Bezirk die natürliche oder juristische Person oder die Gesellschaft, die den Beitrag schuldet, sich aufhält, ihren Sitz hat oder Vermögenswerte besitzt;

d) „Verbindungsstelle“

- für die Italienische Republik:

die Nationale Sozialversicherungsanstalt (Istituto Nazionale della Previdenza Sociale – INPS –), Direzione Generale, Rom;

- für die Bundesrepublik Deutschland:

die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn;

e) „Beiträge“

- auf italienischer Seite:

Beiträge sowie Zusatzkosten, Säumniszuschläge, Zwangsgelder, Geldbußen, Zinsen, Einziehungskosten, Gerichts- und Anwaltskosten;

- auf deutscher Seite:

Beiträge sowie Säumniszuschläge, Zwangsgelder, Geldbußen, Zinsen und Einziehungskosten.

Artikel 3

(1) Die rechtskräftig festgesetzten und im Hoheitsgebiet des zuständigen Trägers für beitreibbar erklärten Beiträge können im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß Artikel 92 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 eingezogen und beigetrieben werden.

(2) Die Forderung, die eingezogen oder beigetrieben werden soll, hat die gleichen Sicherungen und Vorrechte wie eine Forderung gleicher Art eines Trägers im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem die Einziehung oder Beitreibung erfolgt.

(3) Absatz 1 gilt nur für Beiträge, die 500 Euro übersteigen.

Artikel 4

(1) Der ersuchte Träger leistet dem zuständigen Träger bei der Einziehung und Beitreibung der ausstehenden Beiträge Amtshilfe.

(2) Die Amtshilfe umfasst insbesondere die Einziehung auf gutlichem Wege, die Beitreibung unter Einbeziehung etwaiger administrativer und gerichtlicher Verfahren, die Sicherungsmaßnahmen sowie jede notwendige Information über die Verhältnisse des Schuldners.

Artikel 5

(1) Die Vollstreckung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erfolgt auf Antrag des zuständigen Trägers gemäß dem administrativen und gerichtlichen Verfahren für die Einziehung von Beiträgen in dem ersuchten Staat.

(2) Der zuständige Träger sendet den Antrag auf Amtshilfe über die eigene Verbindungsstelle an die Verbindungsstelle des anderen Staates. Diese Verbindungsstelle leitet den Antrag an den ersuchten Träger weiter.

c) «Istituzione richiesta» designa

- per quanto riguarda la Repubblica Italiana, per tutti i contributi che sono dovuti ad una istituzione tedesca:

la sede dell'INPS nella cui circoscrizione la persona fisica o giuridica oppure la società debitrice dei contributi si trova, ha la propria sede o possiede dei beni;

- per quanto riguarda la Repubblica Federale di Germania, per tutti i contributi che sono dovuti ad una istituzione italiana:

l'Ufficio Centrale delle Dogane (Hauptzollamt) nella cui circoscrizione la persona fisica o giuridica oppure la società debitrice dei contributi si trova, ha la propria sede o possiede dei beni;

d) «Organismo di collegamento» designa

- per la Repubblica Italiana:

l'Istituto Nazionale della Previdenza Sociale (INPS), Direzione Generale – Roma;

- per la Repubblica Federale di Germania:

il Centro tedesco di collegamento per l'assicurazione malattia – Estero (Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland) (DVKA), Bonn;

e) «contributi» designa

- da parte italiana:

i contributi come pure le somme aggiuntive, le indennità di mora, le sanzioni, le ammende, gli interessi, le spese di recupero, i diritti e gli onorari;

- da parte tedesca:

i contributi come pure le indennità di mora, le sanzioni, le ammende, gli interessi e le spese di recupero.

Articolo 3

1) I contributi definitivamente determinati e accertati come recuperabili forzosamente sul territorio dell'Istituzione competente, possono essere recuperati o recuperati forzosamente sul territorio dell'altra Parte contraente, ai sensi dell'art. 92 del Regolamento (CEE) n. 1408/71.

2) Il credito che forma oggetto di un recupero ovvero di un recupero forzoso è protetto dalle stesse garanzie e privilegi applicabili ad un credito della stessa natura di una istituzione ubicata sul territorio della Parte contraente in cui ha luogo il recupero ovvero il recupero forzoso.

3) Il comma 1 si applica solo se i crediti superano l'importo di 500 Euro.

Articolo 4

1) L'Istituzione richiesta dovrà prestare all'Istituzione competente la propria collaborazione amministrativa nel recupero ovvero recupero forzoso dei contributi.

2) La collaborazione amministrativa comprende in particolare il recupero in via amichevole, il recupero forzoso ivi comprese le eventuali procedure amministrative e giudiziarie connesse, le misure conservative e ogni utile informazione sulla situazione del debitore.

Articolo 5

1) L'esecuzione nel territorio dell'altro Stato contraente avviene a richiesta dell'Istituzione competente, ai sensi della procedura amministrativa e giurisdizionale vigente in materia di recupero di contributi nello Stato richiesto.

2) L'Istituzione competente trasmette la domanda di collaborazione amministrativa per il tramite del proprio organismo di collegamento all'organismo di collegamento dell'altro Stato. Quest'ultimo trasmette la domanda all'Istituzione richiesta.

(3) Der zuständige Träger fügt dem Antrag Folgendes bei:

- a) eine beglaubigte, vollständige Kopie der Entscheidung des Gerichts, der Verwaltungsbehörde oder der sonstigen vollstreckbaren Urkunden, in denen die geschuldeten Beiträge festgesetzt sind;
- b) eine Bescheinigung, in der vermerkt sein muss, dass die Entscheidung rechtskräftig, die Forderung beitreibbar und alle im eigenen Hoheitsgebiet getroffenen Maßnahmen zur Einziehung oder Beitreibung erfolglos geblieben sind;
- c) ein Dokument, in dem vermerkt sein muss, dass der Antragsgegner im Falle eines Urteils in Abwesenheit ordnungsgemäß geladen worden ist, sofern dies nicht aus dem Urteil selbst hervorgeht;
- d) eine offizielle Übersetzung des Urteils und der unter den vorstehenden Buchstaben bezeichneten Unterlagen in der Sprache des Staates, in dem die Vollstreckung beantragt wird.

(4) Der ersuchte Träger kann den Antrag auf Amtshilfe ablehnen, wenn der zuständige Träger im eigenen Hoheitsgebiet nicht alle Einziehungs- oder Beitreibungsmöglichkeiten gegen den Schuldner erschöpft hat.

Artikel 6

(1) Der ersuchte Träger erbringt die Amtshilfe gemäß Artikel 4 bei der Einziehung und Beitreibung der Beiträge so, als ob es sich um die Einziehung und Beitreibung eigener Beitragsforderungen handelte.

(2) Das Verfahren, die Art und Weise der Einziehung und Beitreibung der Forderungen sowie die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen richten sich nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der ersuchte Träger seinen Sitz hat.

(3) Der ersuchte Träger überweist zum Schluss eines Kalenderhalbjahres die bis dahin eingegangenen Beiträge an den zuständigen Träger, auch im Falle einer Ratenzahlung.

(4) Die Überweisungskosten gehen zu Lasten des zuständigen Trägers.

Artikel 7

Urkunden und sonstige Unterlagen, die im Rahmen dieses Abkommens dem ersuchten Träger übermittelt werden, dürfen nur den mit der Einziehung von Beiträgen befassen Verwaltungsstellen oder Behörden ausschließlich zu Einziehungs- und Beitreibungszwecken zugänglich gemacht werden in Übereinstimmung mit Artikel 84 Abs. 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71.

Artikel 8

Die Amtshilfe ist kostenfrei; die Auslagen einschließlich der Rechtswegkosten, die nicht vom Schuldner beglichen werden, sind vom zuständigen Träger zu erstatten. Die zuständigen Behörden können die Erstattung weiterer Kosten oder den Verzicht auf die Erstattung vereinbaren.

Artikel 9

Die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängenden Fragen werden erforderlichenfalls von den zuständigen Behörden oder den Verbindungsstellen geregelt.

Artikel 10

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

3) L'Istituzione competente trasmette la domanda corredata da:

- a) la copia autentica ed integrale della decisione dell'autorità giudiziaria, dei provvedimenti amministrativi o degli altri atti aventi efficacia esecutiva che accertino i contributi dovuti;
- b) l'attestazione comprovante che la decisione è definitiva, che il credito è recuperabile forzosamente e che sono state esperite senza esito sul proprio territorio tutte le azioni di recupero o di recupero forzoso;
- c) un documento comprovante, in caso di sentenza contumaciale, che il convenuto è stato regolarmente citato, salvo che ciò non risulti dalla sentenza stessa;
- d) la traduzione ufficiale della sentenza e dei documenti indicati nelle lettere precedenti nella lingua dello Stato ove viene chiesta l'esecuzione.

4) L'Istituzione richiesta può rigettare la domanda di collaborazione amministrativa, se l'Istituzione competente non ha esperito sul proprio territorio tutte le possibili azioni di recupero o recupero forzoso nei confronti della parte debitrice.

Articolo 6

1) L'Istituzione richiesta presta la collaborazione amministrativa, ai sensi dell'articolo 4, per il recupero ovvero il recupero forzoso dei contributi come se si trattasse del recupero ovvero del recupero forzoso dei propri crediti contributivi.

2) La procedura e le modalità del recupero ovvero del recupero forzoso dei contributi, nonché le misure conservative necessarie, sono quelle previste dalla legislazione della Parte contraente sul cui territorio l'Istituzione richiesta ha la sua sede.

3) L'Istituzione richiesta trasferisce alla fine di ogni semestre solare all'Istituzione competente, tutti i contributi riscossi fino a quel momento, anche in caso di pagamento rateale.

4) I costi di trasferimento sono a carico dell'Istituzione competente.

Articolo 7

Gli atti e gli altri documenti che, nel quadro del presente Accordo, vengono trasmessi all'Istituzione richiesta, possono essere utilizzati solo da Autorità o da organismi amministrativi incaricati del recupero dei contributi ed esclusivamente ai fini del recupero ovvero del recupero forzoso, secondo quanto previsto dall'art. 84 c. 5 del Regolamento (CEE) n. 1408/71.

Articolo 8

La collaborazione amministrativa è gratuita; le spese ivi comprese le competenze legali, non recuperate dal debitore sono rimborsate dall'Istituzione competente. Le Autorità competenti potranno accordarsi sulla restituzione di altre spese o sulla rinuncia ad ogni rimborso.

Articolo 9

Le Autorità competenti ovvero gli organismi di collegamento regoleranno le questioni che dovessero insorgere relativamente all'applicazione del presente Accordo.

Articolo 10

Il presente Accordo entrerà in vigore alla data in cui le due Parti contraenti si saranno reciprocamente informate sull'avvenuto espletamento delle procedure interne previste per l'approvazione. La data di entrata in vigore dell'Accordo sarà quella del ricevimento dell'ultima delle due comunicazioni.

Artikel 11

Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres vom Tag des Inkrafttretens an geschlossen. Es gilt als stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert, sofern es nicht von einer Vertragspartei spätestens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Berlin am 3. April 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Zur Urkund dessen haben die von ihren Regierungen ordnungsgemäß ermächtigten Vertreter dieses Abkommen unterzeichnet.

Articolo 11

Il presente Accordo è concluso per la durata di un anno a decorrere dalla sua entrata in vigore. Esso sarà rinnovato tacitamente di anno in anno, salvo che almeno tre mesi prima della scadenza non venga denunciato per iscritto da una delle due Parti.

Fatto a Berlino il 3 aprile 2000 in due originali, ciascuno nella lingua italiana e tedesca, entrambi i testi facenti ugualmente fede.

In fede di che i sottoscritti Rappresentanti, debitamente autorizzati dai rispettivi Governi, hanno firmato il presente Accordo.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Per il Governo della Repubblica Federale di Germania

Reinhard Hilger
Walter Riester

Für die Regierung der Italienischen Republik
Per il Governo della Repubblica Italiana

Cesare Salvi

Denkschrift zu dem Abkommen

I. Allgemeines

Das Abkommen vom 3. April 2000 stützt sich auf Artikel 92 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71. Es regelt im deutsch-italienischen Verhältnis die Einzelheiten für die Durchführung des grenzüberschreitenden Einzugs rückständiger Sozialversicherungsbeiträge, wenn der Schuldner im anderen Vertragsstaat wohnt.

II. Besonderes

Artikel 1 bestimmt den Anwendungsbereich des Abkommens. Es gilt für die Einziehung und Beitreibung aller Beitragsforderungen, die einem deutschen oder italienischen Träger der sozialen Sicherheit von einem Beitragsschuldner mit Wohnsitz oder Vermögen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zustehen.

Artikel 2 bestimmt die für die Durchführung des Abkommens zuständigen Stellen sowie den Umfang der Beitragsforderungen, welche aufgrund des Abkommens eingezogen werden können.

Artikel 3 Abs. 1 bestimmt, dass nur solche Forderungen dem grenzüberschreitenden Beitragseinzug unterliegen, welche rechtskräftig festgesetzt und im Hoheitsgebiet des zuständigen Trägers für beitreibbar erklärt worden sind.

Absatz 2 bestimmt, dass eine Forderung, die aufgrund dieses Abkommens eingezogen oder beigetrieben werden soll, die gleichen Sicherungen und Vorrechte genießt wie Forderungen gleicher Art im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem die Einziehung oder Beitreibung erfolgt.

Absatz 3 legt die Mindesthöhe der vom Abkommen erfassten Beiträge auf über 500 € fest.

Artikel 4 verpflichtet die Träger der Vertragsparteien bei der Durchführung des Abkommens zur gegenseitigen Amtshilfe.

Artikel 5 regelt Einzelheiten des Antragsverfahrens. Insbesondere wird festgelegt, dass ein Ersuchen um Beitragseinzug abgelehnt werden kann, wenn der forderungsberechtigte Träger im eigenen Hoheitsgebiet nicht zuvor alle Einziehungs- oder Beitreibungsmöglichkeiten gegen den Beitragsschuldner erschöpft hat.

Artikel 6 regelt das Verfahren und die Art und Weise, in der der ersuchte Träger auf Antrag im Wege der Amtshilfe den Beitragseinzug durchzuführen hat.

Artikel 7 bestimmt im Interesse des Datenschutzes, dass Urkunden und sonstige Unterlagen nur den mit der Einziehung von Beiträgen befassten Verwaltungsstellen oder Behörden zugänglich gemacht werden dürfen.

Artikel 8 legt fest, dass die Amtshilfe grundsätzlich kostenfrei durchzuführen ist, hierbei entstandene Auslagen aber vom zuständigen Träger zu erstatten sind.

Artikel 9 ermächtigt die zuständigen Behörden oder Verbindungsstellen, Einzelheiten der mit der Durchführung des Abkommens zusammenhängenden Fragen untereinander zu regeln.

Artikel 10 enthält die Regelung für das Inkrafttreten des Abkommens.

Artikel 11 enthält die Regelung für die Beendigung bzw. Kündigung des Abkommens.

29.09.00**Beschluss**
des Bundesrates

Verordnung zu dem Abkommen vom 3. April 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Einbeziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit

Der Bundesrat hat in seiner 754. Sitzung am 29. September 2000 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.